

Meine Stadt.
Unsere Zukunft.



SPD Stadtverband Reutlingen

Unter den Linden 15

72762 Reutlingen

Tel.: 0 71 21 / 32 01 88

Fax: 0 71 21 / 33 99 70

Programm der SPD Reutlingen zur Kommunalwahl 2004

Unser Arbeitsprogramm für fünf Jahre erfolgreiche
Kommunalpolitik 2004-2009

www.SPD-Reutlingen.de



Vorwort

Liebe Reutlinger Mitbürgerinnen und Mitbürger,

auch bei dieser Wahl haben wir Bürgerinnen und Bürger, Institutionen und Vereine zur Diskussion über den Programmentwurf eingeladen.

Mit diesem Programm starten wir in die Kommunalwahl, es spiegelt wieder, was schon lange verlässliche Politik der SPD in Reutlingen ist, und zeigt, in welche Richtung wir weiter gehen wollen.

Politik für Reutlingen muss sozial und gerecht sein! Politik für Reutlingen braucht neue Ideen! Politik für Reutlingen muss in naher wie ferner Zukunft Bestand haben.

Wir werden auch künftig den Menschen „nicht nach dem Maul“ reden. Dennoch werden wir weiterhin gezielt ihre Meinung in unsere Politik einbinden. Nicht jede Meinung übernehmen wir, aber wir setzen uns mit allen Ideen auseinander. Denn nur so funktioniert eine zukunftsweisende Kommunalpolitik. Wir nehmen Menschen ernst.

Meine Stadt. Unsere Zukunft. Dieses Motto fließt in unsere verlässliche und an sozialer Gerechtigkeit ausgerichtete Politik. Dies soll auch weiterhin so bleiben. Wir gestalten mit eigener Meinung und verlässlicher Linie. Wir hoffen, Sie können diese Politik mittragen und unterstützen dies bei der Wahl am 13. Juni.

Politik ist für die Menschen da – Politik funktioniert nur mit den Menschen! Mit uns können Sie weiterhin diskutieren. Schauen Sie nach, wo wir präsent sind. Unter www.spd-reutlingen.de

Für Ihre SPD Reutlingen

Sebastian Weigle
- Stadtverbandsvorsitzender-

Mit der SPD Reutlingens Voraussetzungen für ein lebens- und lebenswertes Umfeld gestalten

Reutlingens finanzielle Situation ist heute sehr schwierig. Die Einnahmen decken nicht mehr die notwendigen Ausgaben. Dies zwingt zu einem konsequenten Sparkurs. Die Verschuldung lag am 31.12.1999 pro Einwohner mit 379 Euro recht niedrig. Sie ist bis zum 31.12.2003 je Einwohner auf 1.171 Euro angestiegen. Immer noch hat Reutlingen in vielen Bereichen beste Grundlagen, auch schwierige Zeiten zu überwinden; eine relativ niedrige Arbeitslosenquote, ein hoher Anteil an Arbeitsplätzen im gewerblichen, insbesondere im Maschinenbaubereich, eine große Vielfalt im Sozialbereich, ein breites Bildungsangebot mit berufsbildenden Schulen, Fachhochschule und herausragender Volkshochschule, ein reges Sport- und Kulturleben mit Württembergischer Philharmonie und Tonne. Reutlingen ist Mitglied im Bündnis Klimaschutz.

Nicht zuletzt haben wir mit Oberbürgermeisterin Barbara Bosch eine neue Führungsspitze im Rathaus, die mit Herz, Verstand und Elan offen ist für einen Neuanfang. Dieser Aufbruch war nach der Amtszeit des Vorgängers ein wichtiges Zeichen. Nach Abzug der evangelischen Fachhochschule und schwacher und ideenloser Führung der Stadt stehen die Zeichen auf Besserung. Die Reutlingerinnen und Reutlinger haben nach Bürgerentscheid und Oberbürgermeisterwahl Zuversicht getankt. Diese in Projekte und eine gute Stadtregierung umzusetzen, ist unser Ziel.

Zur Realisierung der in diesem Programm genannten Ziele setzt sich die Reutlinger SPD auch für eine Stabilisierung der Kommunalfinanzen auf Landesebene ein. Wo heute für morgen Einsparungen nötig sind, stehen wir dafür, dass dabei soziales Augenmaß waltet.

... mitten in Europa

Das Zusammenfallen von Kommunal- und Europawahl macht deutlich, wie eng diese beiden Politik Ebenen verknüpft sind. Reutlingen als Bildungs- und Industrieregion im Herzen Europas kann von der zusammenwachsenden EU stark profitieren. Die Möglichkeit, Fördergelder aus Struktur- und Regionalförderung zu erhalten, kann der Stadt auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten Handlungsmöglichkeiten eröffnen. Dazu muss in der Stadt jetzt die Infrastruktur geschaffen werden.

Ein wichtiger Schritt ist die Einrichtung eines Europa-Büros. Die Akquirierung von Fördergeldern, Hilfestellung bei Anträgen, Verhandlungsführung mit EU-Institutionen sowie die intensive Kontaktpflege mit der europäischen Ebene sind wichtige Aufgaben eines solchen Europabüros.

Daneben wird das Europabüro auch Aufklärungsarbeit zur Europäischen Union leisten. Denn Europa kann nur zusammenwachsen, wenn die Menschen auf diesem Weg mitgehen können und ihn verstehen.

Gerade auf der Ebene der Kinder und Jugendlichen muss der Kontakt mit Europas Jugend weiter gefördert werden. Wir wollen deshalb an den intensiven Austauschprogrammen festhalten und diese schrittweise weiter ausbauen. Europa wächst von unten.

Beim Blick über den Tellerrand wird die Notwendigkeit der europäischen Perspektive deutlich: Erst durch die Initiative europäischer Sozialdemokraten wurde den Städten und Kommunen Handlungssicherheit bei der kommunalen Daseinsvorsorge gegeben, der Trend zu immer weiteren Privatisierungen in immer mehr Bereichen ist gestoppt. Um die kommunale Daseinsvorsorge auf Dauer sicherzustellen, ist es notwendig, Kontakte zu den Europäischen Institutionen zu knüpfen. Erste Schritte wurden von der neuen Oberbürgermeisterin schon gemacht. Wir als SPD Reutlingen sehen in diesen Kontakten einen ersten, wichtigen Schritt in die richtige Richtung.

Zusammenarbeit in der Region

In der Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn in der Region liegen neue wirtschaftliche Chancen. Die SPD hat seit Jahren auf die Zusammenarbeit der Kommunen gesetzt. Die Kooperation im gemeinsamen Wirtschaftsgebiet mit Kusterdingen war landesweit vorbildhaft. Weitere Kooperationen in Wirtschaftsgebieten und bei der Wirtschaftsförderung sind dazu gekommen. Die für die Menschen selbstverständliche Orientierung zwischen den Kommunen, zur Kunsthalle nach Tübingen, zur Naherholung auf die Alb oder zum Einkaufen nach Reutlingen, muss auch in Verwaltung, Politik und Wirtschaft das Denken bestimmen. Die Zusammenarbeit der Städte und Gemeinden schafft Einsparpotentiale und gibt neue Möglichkeiten, ohne dass dadurch die Besonderheit und der Charakter der Partner gefährdet wird. Wir setzen auf unser Reutlingen im Team einer starken Region, von der alle profitieren.

Bürger und Bürgerinnen müssen ihre Zukunft gestalten können

Was die Menschen mit dem Entscheid zum Kultur- und Kongresszentrum und der Wahl von Frau Bosch eingefordert haben, muss jetzt eingelöst werden:

Politik muss Lösungen erarbeiten, die auch in 20 bis 30 Jahren noch Bestand haben. Es ist gut, dass Reutlingen Mitglied im Klimaschutzbündnis ist. Noch besser ist es, wenn sich Politik konsequent auf Nachhaltigkeit ausrichtet. Im Sinne der lokalen

Agenda 21* wollen wir einen Diskussionsprozess beginnen:

In Gesprächen zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen (Verwaltung, Wirtschaft, Kirchen, Umweltverbände, Vereine, u.s.w.) sollen gemeinsam Ziele definiert werden. Die Beteiligten können so erfahren, dass sie von Politik nicht nur betroffen werden, sondern sie auch selbst gestalten.

Jeder einzelne Schritt in der Reutlinger Kommunalpolitik muss sich an diesen Zielen messen lassen – und daran, dass er auch in der Zukunft Bestand hat.

Es soll ein Handlungsprogramm für eine nachhaltige Entwicklung Reutlingens entstehen.

Liebens- und lebenswert kann unsere Stadt nur sein, wenn die Bürgerinnen und Bürger Lust auf Politik bekommen. Sie müssen in der Verwaltung und bei den politischen Parteien offene Türen und die Bereitschaft vorfinden, dass Ihre Vorschläge und Ideen ernst genommen werden.

Eine starke SPD im Gemeinderat wird ein Konzept zur Durchführung der Bürgerbeteiligung bei der Entwicklung eines Stadtleitbildes durchsetzen. Wir werden mit den Bürgerinnen und Bürgern eine Zukunftsstrategie entwerfen, die Reutlingen zu einer liebens- und lebenswerten Stadt für heute und morgen macht.

Lokale Agenda 21 – Nachhaltiges Reutlingen

In den vergangenen Jahren hat die SPD-Fraktion vielfältig versucht, den Prozess der lokalen Agenda voranzubringen.

Die bürgerlichen Parteien haben dies blockiert. Treibende Kraft beim Thema Nachhaltigkeit war und ist „FLAIR 21“, das Forum Lokale Agenda in Reutlingen. In der Arbeitsgruppe haben sich viele Bürgerinnen und Bürger engagiert, die durch die Ergebnislosigkeit der Diskussion im Rathaus enttäuscht wurden.

Die SPD will den Diskussionsprozess im Sinne der lokalen Agenda weiter voranbringen. Die Beteiligungsprozesse mit der Bürgerschaft müssen ausgebaut, gemeinsame Ziele für ein nachhaltiges Reutlingen formuliert werden. Mit Oberbürgermeisterin Barbara Bosch haben wir eine Leitung in Reutlingen, die die Umsetzung dieser Ziele erleichtert.

Durch unsere aktive Mitarbeit bei Flair setzen wir uns dafür ein, dass ein Handlungsprogramm für

* Die „Agenda 21“ wurde auf der Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 von über 170 Staaten verabschiedet. Alle Kommunen werden aufgefordert, sich aktiv an der Umsetzung des Gedankens der nachhaltigen Entwicklung in allen wichtigen Lebens- und Wirtschaftsbereichen zu beteiligen. Wirtschaftliche, soziale und ökologische Probleme sollen im Gesamtkonzept angegangen und gelöst werden. Globale Probleme können nur gelöst werden, wenn die einzelnen Kommunen vor Ort die notwendigen Schritte gehen.

eine nachhaltige Entwicklung in Reutlingen entsteht.

Stadt und Stadtteile – Vielfalt ist unsere Stärke

Reutlingen lebt von der Vielfalt seiner Stadtteile. Die Eigenständigkeit der Bezirksgemeinden und die Zusammenarbeit mit der Kernstadt sind das Fundament unserer Stadt.

Deshalb muss auch in finanziell schwierigen Zeiten der wohnortnahe Bürgerdienst der Bezirksrathäuser erhalten bleiben. Bei der weiteren Ausgestaltung der Beteiligungsprozesse müssen die Stadtteile und die Bezirksgemeinderäte von Anfang an mit einbezogen werden. Die Bezirksgemeinderäte müssen bei grundsätzlichen Fragen der Gesamtstadt beteiligt werden.

Die Stadtteilrunden und die Bibliotheken in den Stadtteilen haben sich etabliert. Diese Formen der Bürgerbeteiligung müssen weiter gestärkt und projektbezogen erweitert werden. Dadurch können Stadtteilforen entstehen, durch die sich die Bürgerschaft in die Belange ihres Stadtteils einmischen kann. Langfristig wollen wir mehr wohnortnahe Bürgerbüros als Anlaufstelle für Alltagsorgen.

Mit Weitblick planen

Wir wollen die natürlichen Lebensgrundlagen in Reutlingen auch für zukünftige Generationen erhalten.

Deshalb muss sich die Siedlungsentwicklung an einem neuen, ökologisch verträglichen und ressourcenschonendem Entwicklungsmodell orientieren, das bisherige extreme Wachstum von Siedlungsflächen und den weiteren Anstieg des Kfz-Verkehrs eindämmt. Wir brauchen eine umweltverträgliche Stadtentwicklung, die naturnahe Landschaft erhält, Biotope nicht zerstückelt, Böden nicht unnötig versiegelt sowie Energieverbrauch und Verkehrslärm drosselt. Nachhaltig umweltverträgliche Entwicklung findet dann statt, „die Stadt der kurzen Wege“ und entwickelt wird. Damit wird ein weiteres Auseinanderfallen der einst enger verflochtenen Standorte für Wohnen, Arbeiten, Versorgung und Freizeit verhindert. Unsere wesentlichen Vorstellungen zur Verwirklichung dieses Siedlungsleitbildes sind:

- Planung von Baugebieten in behutsam verdichteter Bauweise und verträglicher Mischung der verschiedenen Nutzungen, wie zum Beispiel Wohnen, Arbeiten und Einkaufen,
- Soviel Harmonie wie möglich zwischen den Ansprüchen von Mensch und Natur,
- die bevorzugte Besiedlung von innerstädtischen Brachflächen statt Wachstum nach außen,
- Entwicklung nur entlang der ÖPNV-Achsen,
- eine bessere Versorgung der Stadtteile mit öffentlichen Einrichtungen,

- ein breit diskutiertes und getragenes Stadtentwicklungskonzept für Reutlingen, um dies alles nicht planlos geschehen zu lassen,
- eine aktive Baulandpolitik der Stadt, die es ermöglicht, die Stadtentwicklung in die gewünschten Bahnen zu lenken.

Wir begrüßen grundsätzlich, dass mit dem Projekt „Zukunftsorientierte Innenstadtplanung“ (ZIP) begonnen wurde, mit den Bürgerinnen und Bürger in einen Dialog zu treten. In einer Diskussion mit der Bürgerschaft muss die Frage nach dem Leitbild Reutlingens für die Zukunft und der Anteil der Innenstadt daran geklärt werden. Ein solches Leitbild nimmt mit Beteiligung der Bürgerschaft erst Gestalt an.

Für eine nachhaltige Stadtentwicklung ist ein besonderes Augenmerk auf die Innenentwicklung zu legen. Dazu gehören Nutzungskonzepte für die vielen Gewerbebrachen im Innenstadtbereich. Sie bieten die Chance, den Stadtkern gezielt mit neuen Nutzungen anzureichern. Auch in Zukunft wollen wir:

- gute Einkaufsmöglichkeiten in Reutlingen,
- ein großes kulturelles Angebot für Reutlingen und die Region und
- dass Menschen in den zentralen Stadtgebieten wohnen können.

Im Sinne dieser Forderungen wurde im Rahmen der Kernstadterweiterung Süd mit den Planungen auf dem Areal Engel die Chance genutzt, die Innenstadt attraktiver zu machen. Das Bruderhausgelände (Kernstadterweiterung West) ist ebenfalls eine bedeutende innerstädtische Fläche, die es zu entwickeln gilt. Weitere Aufgaben sind zum Beispiel das Lindach-Areal und das Gelände des ehemaligen Arbachbads.

Eine Aufwertung der Altstadt ist notwendig. Dort zeigen sich auch heute noch Folgen von Stadtbrand, Weltkrieg und Vernachlässigung. Sie braucht mehr Anregungen zur Erneuerung. Arbeiten, Wohnen, Kultur, Einkaufen und Freizeit müssen in lebenswerter Weise miteinander verknüpft werden. So haben zum Beispiel sich auf der Wiese an der Echaz mit bürgerschaftlichem Engagement kulturelle und sportliche Sommerevents entwickelt: Opernopenair, Jugendfestivals, Beachvolleyball-Turnier und so weiter. Solche Aktivitäten wollen wir erhalten und fördern.

Stadthalle und Bruderhausgelände

Der Bau einer neuen Stadthalle ist auch nach dem Bürgerentscheid ein wichtiges Thema in Reutlingen. Die SPD steht zum Ergebnis des Bürgerentscheids: Nein zu einem Großprojekt aber ja zu einer bezahlbaren neuen Halle für Reutlingen.

Wir wollen die Neukonzeption gemeinsam mit der Bürgerschaft entwickeln. Der Raumbedarf muss sich zuvorderst an Reutlinger Interessen orientieren. Allerdings muss auch mit den Nachbarstädten über konkrete Kooperationen gesprochen werden.

Wir favorisieren den Standort Bruderhausgelände, stellen ihn jedoch ebenfalls auf den Prüfstand.

Zur Finanzierung von Bau und Betrieb sind die Möglichkeiten der Stadt zu prüfen und mit den Kosten der Listhalle zu vergleichen. Da die Listhalle zum Betrieb und zur Erhaltung auch weiterhin Kosten verursachen wird, ist über deren Zukunft zu gegebener Zeit zu entscheiden. Der Bau der Stadthalle ist ein Projekt über viele Jahre. Deshalb soll das Konzept eine schrittweise Realisierung und Weiterplanung möglich machen.

Der Gemeinderat muss das Ergebnis der mit Bürgerbeteiligung durchgeführten Planung abschließend der Bürgerschaft zur Beurteilung vorlegen. Wegen der schwierigen Einnahmesituation der Stadt muss über den Baubeginn dann aktuell entschieden werden.

Die neue Stadthalle ist für Reutlingen ein Signal zur Weiterentwicklung unserer Stadt. Auch wir haben hier gelernt.

Haushalten und Wirtschaften

Die Städte mussten in den zurückliegenden Jahren immer mehr Aufgaben übernehmen, ohne dass die Einnahmen gestiegen sind. Zur Bewältigung dieser Finanzkrise wurden auch in Reutlingen in den letzten Jahren große Einsparungen im Verwaltungsbereich gemacht.

Die Verwaltungsreform hat in der Stadtverwaltung viel Geld eingespart und Initiative bei den Beschäftigten ausgelöst, die der Stadt und ihren Bürgern zu Gute gekommen ist. Um die Einnahmeausfälle wenigstens teilweise auszugleichen, mussten die so erwirtschafteten Ämterrücklagen aufgelöst werden. Ein Verlust an investivem Gestaltungsspielraum und Motivation muss künftig verhindert werden.

- Die Verwaltung muss noch effizienter werden. Unnötige Verwaltungsabläufe müssen vermieden, langwierige vereinfacht werden.
- Investitionen wurden so weit zurückgefahren, dass die Erhaltung der städtischen Infrastruktur gefährdet ist. Dabei haben wir den Bereich Jugend schützen können. Dies führt bald zu erheblichen Folgekosten.
- Die Unterstützung und Förderung von Bildungseinrichtungen, VHS, Museen und freiwilligen Leistungen wurden nicht im nötigen Maße weitergeführt und teilweise gekürzt. Zahlreiche Initiativen im Kinder- und Jugendbereich können mit gekürzten Zuschüssen auf Dauer nicht überleben.

Daher braucht die Stadt eine angemessene Beteiligung am Steueraufkommen. Insbesondere die Gewerbesteuer muss wieder zu einer soliden berechenbaren Finanzquelle für die Städte werden. Trotz Sparzwängen wollen wir Politik sozial gestalten. Deshalb müssen

- durch die Zusammenarbeit mit Nachbarstädten Leistungen preiswerter und effizienter erbracht werden,
- wirtschaftliches Handeln auch Zeichen der städtischen Unternehmen sein. Eine Maßnahme kann die Umwandlung der städtischen Betriebe in Eigenbetriebe sein,
- alle städtischen Aufgaben kritisch hinterfragt werden. Die Privatisierung der Daseinsfürsorge (Verkauf der Versorgungsnetze etc.) ist für die SPD nicht vorstellbar.

Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik

Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten hat gute Wirtschaftspolitik immer auch Arbeitsmarktwirkung. Deshalb wollen wir, dass die Stadt Reutlingen eine Wirtschaftspolitik betreibt, die trotz Finanzknappheit Arbeitsplätze schafft und erhält.

Zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und Erhaltung bestehender Arbeitsplätze müssen Selbstständige und Unternehmen bei der Suche nach Gewerbeflächen unterstützt werden und attraktive Ansiedlungsvoraussetzungen vorfinden.

Wir wollen richtige Schritte, die in den letzten Jahren getan wurden, fortsetzen und weiterentwickeln:

- das Existenzgründungsprogramm Reutlingen muss verstärkt weitergeführt werden,
- die von Oberbürgermeisterin Barbara Bosch angekündigte enge Zusammenarbeit mit der Region und besonders eng mit Tübingen findet unsere volle Unterstützung. Die Beteiligung an der Standortagentur ist das richtige Signal. Wir werden unsere Unterstützung für dieses Projekt beibehalten und lassen uns nicht von kleingeistigen Namensstreitigkeiten irritieren,
- der Wissenschafts- und Technologieparks Reutlingen/Tübingen muss gepflegt und mit Entwicklungsperspektiven versehen werden,
- der Dienstleistungspark Orschel-Hagen muss weiter intensiv vermarktet werden,
- die Beteiligung an der Bioregion STERN ist ein wichtiges Standbein in einer Zukunftstechnologie und muss weiter Bestand haben,
- die Entwicklung der Brachflächenplanung in der Innenstadt geht für uns Hand in Hand mit der Erschließung weiterer Gewerbeflächen. Dabei heisst Nachhaltigkeit auch und insbesondere Umweltverträglichkeit,
- Die Stadt muss weiter Vorreiter im Ausbildungsbereich sein. Dieses Ziel hat für uns hohe Priorität.

Als Konzept der Wirtschaftspolitik schlagen wir seit Langem eine „Ideenfabrik“ vor. Eine Arbeitsgemeinschaft von Personen aus Wirtschaft, Gewerkschaft, Politik und Interessierten soll Ideen von Betrieben, Existenzgründern, Beschäftigten, aus Schule und Hochschule, Kultur und Verwaltung aufgeschlossen und kompetent aufnehmen. Damit sollen Existenzgründungen, neue Dienstleistungs- und Produkti-

onsmöglichkeiten in Reutlingen unterstützt werden. Die Verantwortlichen der Stadtverwaltung Reutlingen müssen sich dieser Aufgabe annehmen. Wir werden darauf ein besonderes Augenmerk legen. Denn gerade die Förderung neuer Ideen und Zweige der Wirtschaft sichert nachhaltig Arbeitsplätze.

Um diese Aufgaben zu meistern und auch in Bezug auf die Möglichkeiten der EU-Förderung neue Fördermöglichkeiten zu nutzen, muss die Wirtschaftsförderung der Stadt gestärkt und inhaltlich gestrafft werden. Wir setzen hier auf die Reformkraft der Verwaltung. Nur so können die Ideenfabrik, die Gewerbeflächenvermarktung und die regionale Vernetzung auf Dauer funktionieren.

Die konkrete Ausgestaltung soll mit den verschiedenen Beteiligten diskutiert werden. Die Erfahrungen von Existenzgründerinnen und Existenzgründern, Unternehmen und Beschäftigten sollen genutzt werden, um für Reutlingen ein passendes Angebot zu machen.

Zur Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen und Sozialhilfeempfängern in den Arbeitsmarkt hat die SPD entscheidend bei der Entstehung der KOMAG mitgearbeitet. Im Hinblick auf die Herausforderungen der Arbeitsmarktreformen muss die KOMAG verstärkt mit den freien Beschäftigungsgesellschaften und der Arbeitsmarktgesellschaft Mypegasus kooperieren, ihre Kompetenzen einbeziehen.

Existenzgründung durch Frauen

Frauen am Werk, das Existenzgründerinnenzentrum für Frauen, im Heinzelmänn-Areal, muss mit seinen Räumlichkeiten und seinem Beratungsangebot erhalten bleiben.

Sollte das Gelände einer anderen Nutzung zugeführt werden, setzt sich die SPD dafür ein, dass ein anderer Standort für das Frauennetzwerk gesucht wird. Die SPD setzt sich bei den Kammern und der Stadt dafür ein, dass Frauen am Werk, auch weiterhin seine wichtige Rolle in der Stadt wahrnehmen kann.

Kinder und Familien

Mit einem großen Investitionsprogramm wurden in den vergangenen Jahren in Reutlingen viele Kinderbetreuungseinrichtungen neu geschaffen. Nach wie vor gibt es einen großen Sanierungsbedarf in bestehenden Einrichtungen.

Die Stadt muss ihre Anstrengungen zur Bereitstellung von Ganztagsbetreuungsplätzen erhöhen. Dies hat für die SPD Vorrang im Stadthaushalt.

Die Betreuung in der verlässlichen Grundschule muss von der Stadt weiter ausreichend gefördert werden. Die Einrichtung von ganztagsbetreuten Grund- und Hauptschulen ist das Ziel der SPD. Mit dem Investitionsprogramm der Bundesregierung werden Räume für Ganztageschulen geschaffen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass sich Reutlin-

gen hier auch in Zukunft beteiligt, um die Betreuung der Schulkinder zu ermöglichen.

Wir unterstützen die Initiativen der Eltern bei der Betreuung an den Grundschulen, in der Schulsozialarbeit und an anderen Stellen zur Förderung der Schulbildung und der Sprachförderung. Die Elternvereine, welche Schulsozialarbeit betreiben, müssen durch Zusammenarbeit im Verwaltungsbereich sowie professionelle gemeinsame Beratungsstrukturen entlastet werden.

Reutlingen hat immer noch große Defizite im Bereich der Kinderspielplätze. Wir unterstützen alle Möglichkeiten zur Schaffung neuer Spielplätze. Dabei begrüßen wir die Elterninitiativen in der Stadt. Sie bringen Fachkenntnis, Engagement und tatkräftige Arbeit ein und tragen wesentlich dazu bei, das Ziel einer kinderfreundlichen Stadt zu erreichen.

Die derzeitige schlechte finanzielle Situation der Stadt erlaubt keine Verringerung der Elternbeiträge in den Kinderbetreuungseinrichtungen. Wir werden uns jedoch weiter für bessere Rahmenbedingungen einsetzen und haben auch schon die Gebührenbefreiung für Familien mit drei und mehr Kindern durchgesetzt. Langfristig wollen wir jedoch die Gebührenfreiheit für alle.

Immer noch verunglücken zu viele Kinder im Reutlinger Straßenverkehr. Zum Abbau der Gefahren sind meist bauliche Maßnahmen nötig. Die sich hinziehenden Beratungen müssen bald greifbare Konsequenzen haben.

Bisher war die Reutlinger Verwaltung bei der Einrichtung verkehrsberuhigter Bereiche sehr zurückhaltend und oft ablehnend. Kinder müssen bei der Abwägung Priorität vor dem ruhenden und fahrenden Verkehr bekommen.

Eine familienfreundliche Stadt kann nicht alleine mit Baumaßnahmen oder Einrichtungen entstehen. Vorrang erhalten Familien, Mütter, Väter und Kinder erst, wenn sie einen anderen Stellenwert im Bewusstsein aller Menschen erhalten. Wir fordern einen Familienpreis für Ideen und Initiativen zur Förderung der Familien im Leben unserer Stadt. Wir fordern einen Kinderstadtplan, der die verschiedenen Blickwinkel in der Stadt darstellt und die ganzheitliche Entwicklung der kinderfreundlichen Stadt unter Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und Eltern ermöglicht.

Gleichstellung von Frau und Mann

Die berufliche und gesellschaftliche Gleichstellung von Frauen in unserer Gesellschaft ist immer noch nicht vollständig durchgesetzt. Leider gibt es immer noch Diskussionen, ob beziehungsweise wie viele Frauen in führender Positionen angemessen sind. Die SPD hat maßgeblich dazu beigetragen, dass in Reutlingen eine Frau Oberbürgermeisterin wurde. Für uns ist damit aber Gleichstellungspolitik längst nicht erledigt.

Ein großes Hindernis für die Gleichstellung von Frau und Mann ist der Mangel an Kinderbetreuungsangeboten in der Stadt. Die Berufstätigkeit der Frauen darf nicht an den fehlenden Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kinder scheitern.

Die SPD-Fraktion im Gemeinderat unterstützt, dass sich die verschiedenen Frauenaktivitäten und ihre vorhandenen Strukturen besser vernetzen. Damit werden Kapazitäten für eine starke Frauenpolitik frei. Wir setzen uns dafür ein, endlich die Stelle einer Gleichstellungsbeauftragten einzurichten. Diese muss direkt bei der OB angesiedelt sein.

Die SPD setzt sich über den Kreistag für die Erhaltung des Frauenhauses ein.

Arbeit mit Mädchen und jungen Frauen darf nicht als Alibi erwähnt werden, sondern muss ihren Stellenwert haben. Gerade in der heutigen Gesellschaft ist es wichtig, dass Mädchen ihre eigenen Räume haben, in denen sie sich nach ihren Fähigkeiten entwickeln können.

Jugend braucht (T)Räume

Das Jugendcafé Innenstadt wurde nach langem Kampf des Jugendgemeinderates mit Unterstützung der SPD eingerichtet. Damit hat sich die Situation für Jugendliche in Reutlingen ein weiteres Stück verbessert.

Dennoch darf dieser Erfolg nicht über die tatsächliche Lage der meisten Kinder- und Jugendeinrichtungen hinweg täuschen: Trotz steigender Personalkosten wurden die Zuschüsse der meisten Jugendeinrichtungen nicht oder nur sehr wenig erhöht. Hier ist eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation unumgänglich. Geringem Budgetaufwand stehen hohe Einsparungen in der Akutbetreuung gegenüber. Wir halten deswegen den Bereich Jugend für Haushaltskonsolidierung vollkommen ungeeignet.

Im Amt für Jugend soll ein Kinderbüro eingerichtet werden. Kinder sind die besten Anwälte ihrer Interessen. Sie ernst zu nehmen und mit ihnen gemeinsam die Angebote für Kinder zu gestalten ist eine Voraussetzung für eine familienfreundliche Stadt. Das Kinderbüro dient als Anlauf und Vermittlungsstelle für alle Belange von Kindern.

Die vor einigen Jahren eingeführten Jugendleitlinien müssen geprüft und gegebenenfalls verbessert werden. Gleichzeitig soll der JGR mehr Einfluss auf deren Gestaltung erhalten. Am Ziel der Jugendleitlinien, eine vorausschauende Planung und Bedarfserfassung zu ermöglichen, wollen wir festhalten. Wir wollen, dass in den Stadtteilen Jugendforen eingerichtet werden.

Mit der Errichtung des Jugendhauses Hohbuch hat die SPD einen großen Erfolg ihrer stadtteilbezogenen Arbeit errungen. Wir wollen, dass alle Jugendliche in ihrem Wohnumfeld ein angemessenes Angebot erhalten.

Auch auf weiteren Feldern wie dem Jugendzeltplatz, dem jugendgerechten Umweltbildungszent-

rum Listhof oder dem Nachtbus hat die SPD als treibende Kraft dafür gesorgt, dass sich die Situation für Jugendliche in Reutlingen entscheidend verbessert hat. Die Forderung in unserem Programm von 1999 ist eingelöst, es gibt Übernachtungsmöglichkeiten für Jugendliche im Listhof.

Für die Umsetzung unserer Forderungen ist nicht in erster Linie viel Geld nötig. Viel eher müssen die kreativen Ideen junger Menschen unterstützt und verwirklicht werden. Es gilt immer: Jugendliche sind selbst am besten in der Lage, ihre Probleme zu erkennen und zu lösen. Jugendliche müssen deshalb direkt an den kommunalen Entscheidungsprozessen mitwirken können.

Politik mit und für ältere Menschen

Auch Reutlingen wird älter. Im Jahr 2004 haben 18 Prozent unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger das 65. Lebensjahr überschritten. Diese Menschen sind für die Stadt Reutlingen ein großer Schatz. Wir sind auf dem richtigen Weg, wenn wir die Fähigkeiten und das Wissen älterer Menschen nutzen und uns dafür einsetzen, dass jeder in seiner gewohnten Umgebung bis ins hohe Alter bleiben kann. Viele von ihnen engagieren sich in Vereinen, Kirchen und sozialen Einrichtungen. Viele Projekte könnten nicht weitergeführt werden, wenn es diese ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht gäbe, die ihre Zeit, Kraft und Erfahrungen für andere einzusetzen. Dafür sind wir sehr dankbar. Wir wollen diese Arbeit fördern und auch finanziell unterstützen.

Für diese ehrenamtliche Arbeit müssen wir im Stadtzentrum eine Möglichkeit bieten, sich auszutauschen und auch beraten zu lassen. Die bestehenden Büros im Dienstleistungszentrum Unter den Linden liegen dafür zu weit außerhalb der Reutlinger Innenstadt. Dieser Bedarf sollte bei Bauplanungen im Gartentorviertel berücksichtigt werden.

Die geselligen Angebote in den Seniorenstuben am Gartentor müssen erhalten bleiben. Für alle erwähnten Aktivitäten muss ein zentraler Ort gefunden werden.

Ältere Menschen benötigen mehr kulturelle Angebote am Vormittag und am Nachmittag: Kurse in der VHS, Konzerte, Vorträge bereichern ihren Alltag. Diese Angebote sollten auch von der Stadtverwaltung und allen städtischen Einrichtungen unterstützt werden.

Für die Mobilität älterer Menschen haben die verkehrspolitischen Vorstellungen der SPD besondere Bedeutung.

Im vorgerückten Alter wird das Leben im eigenen vertrauten Heim oft schwierig. Die bestehenden und gut ausgestatteten Angebote von ambulanten Diensten müssen durch altersgerechte Wohnungen, durch Altenheimplätze und Angebote für Tages- und Kurzzeitpflege ergänzt werden. Diese Bausteine müssen aufeinander abgestimmt werden.

Die Programme für pflegende Angehörige und die guten Beratungsdienste durch die Altenhilfe der Stadt Reutlingen dürfen nicht abgebaut werden.

Auch in der letzten Phase des Lebens haben Menschen Anspruch auf Selbstbestimmung und Würde. Die meisten Menschen möchten zu Hause sterben. Dafür leisten die Mitglieder der Hospizbewegung wertvolle Dienste. Doch auch die ambulanten und stationären Einrichtungen unserer Stadt müssen entsprechend weiterentwickelt und gefördert werden.

Die Ansprechpartner für all diese Belange sind der Kreissenorenrat und die Seniorenkreise der im Gemeinderat vertretenen Parteien. Sie müssen bei allen Fragen, die das Leben unserer älteren Mitbürger betreffen, gehört werden.

Reutlingen ohne Hürden für Menschen mit Behinderungen

In Reutlingen müssen Menschen mit Behinderung die gleichen Chancen zur Teilhabe am öffentlichen Leben haben wie Menschen ohne Behinderung. Dazu ist es notwendig, eine Vielzahl von Barrieren und Schwellen in den Köpfen der Menschen und im täglichen Leben zu beseitigen.

Dies kann nur in einem engen Dialog gelingen, sowohl mit den Menschen mit Behinderung selbst wie auch mit allen Einrichtungen und Institutionen, die sich mit der Behindertenhilfe befassen. Ein Teil dieses Dialogs kann in einem von diesen Gruppen besetztes Gremium der Stadt stattfinden, das sich insbesondere mit den Belangen von Menschen mit Behinderung und deren Integration auseinandersetzt. Es kann den Ist-Zustand in Reutlingen erfassen und Lösungen erarbeiten.

Stellvertretend für die zahlreichen Probleme für Menschen mit Behinderung in Reutlingen seien hier die Eingänge zahlreicher Ladengeschäfte aber auch der Haupteingang des Rathauses, ein fehlendes, Behinderten gerechtes Leitsystem innerhalb der Stadt, die Verkehrssituation oder die unzureichenden integrativen Maßnahmen in den Kindergärten und Schulen der Stadt erwähnt.

In allen Bereichen unseres gesellschaftlichen Lebens werden wir darauf hin wirken, dass wir keine Barrieren aufbauen, die den Menschen mit Behinderung das Leben unnötig schwer machen. Wir unterstützen vorhandene oder in der Umsetzung befindliche integrative Maßnahmen wie beispielsweise das Festival am Rande, den Lebensmittelmarkt in Orschel-Hagen oder das Farbleitsystem für Menschen mit geistiger Behinderung für die Busse des Reutlinger Stadtverkehrs.

Die SPD in Reutlingen macht sich außerdem dafür stark, dass die Stadt sich für den schnellen Bau eines Aufzugs am Reutlinger Hauptbahnhof engagiert. Wohnheime und Einrichtungen für Menschen mit Behinderung sollen innerhalb des Stadtzentrums erhalten oder sogar neu angesiedelt werden. Nur so wird die Teilhabe und Akzeptanz von Men-

schen mit Behinderung innerhalb der Gesellschaft erreicht.

Alle Menschen sind Ausländer – fast überall

In Reutlingen leben rund 17000 Mitbürger/innen aus 125 Nationen. Das sind etwa 15 Prozent der Gesamtbevölkerung. Wir betrachten die kulturelle und sprachliche Vielfalt als eine Bereicherung des gesellschaftlichen Lebens. Die jährliche Interkulturelle Woche hat einen festen Platz im Leben unserer Stadt.

Wir wollen Migration als Phänomen der Neuzeit positiv gestalten. Wir treten für eine langfristig angelegte Integrationspolitik ein.

Das Land Baden-Württemberg hat sich aus der Förderung der Sozialberatung für Ausländer unverantwortlicher Weise zurückgezogen.

Wir unterstützen ausländische Vereine bei ihren Aktivitäten zur Integration

Der Ausländerrat vertritt zur Zeit die vier stärksten Nationalitäten (Türken, Griechen, Italiener und Kroaten). Er besteht aus 15 gewählten ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern und aus je einem Vertreter der Gemeinderatsfraktionen. Eine seiner Hauptaufgaben besteht in der Förderung der Integration. Auf Drängen der SPD wurden dem Ausländerrat mehr Kompetenzen eingeräumt, zum Beispiel die Mitwirkung im Gemeinderat und den beschließenden Ausschüssen. Umso wichtiger ist, dass er bei der nächsten Wahl im April 2005 durch eine weit höhere Wahlbeteiligung legitimiert und gestärkt wird. Dabei müssen auch neue Formen der Beteiligung überlegt werden.

Menschen ohne Wohnung

Im Land Baden-Württemberg wird der soziale Wohnungsbau nahezu überhaupt nicht mehr gefördert. Die Folge ist, dass die GWG in Reutlingen kaum noch Sozialwohnungen baut. Mehr und mehr fehlen im Stadtgebiet kleine bezahlbare Wohnungen, besonders für alleinstehende, wohnungslose, sozial schwache Menschen.

Beraten und betreut werden die Wohnungslosen in Reutlingen von der Arbeiterwohlfahrt (AWO). Neben der Fachberatungsstelle bietet die AWO

- eine Übernachtungsstelle für Notfälle mit 12 bis 15 Schlafplätzen und einem Aufenthaltsraum,
- ein Übergangwohnheim mit 12 Plätzen,
- übers Stadtgebiet verstreut etwa 20 Einfachstwohnungen der GWG,
- neuerdings im Stadtzentrum einen Tagestreff mit Beratungs- und Versorgungsangeboten,
- vier „Oasen“ mit 20 Apartments für 23 Personen, zum Teil mit „begleitendem Wohnen“.

Darüber hinaus gibt es in Reutlingen mehrere private Initiativen zur Unterstützung obdachloser, wohnungsloser und bedürftiger Menschen, zum Beispiel die Vesperkirche und das Lobbyrestaurant

„Unter den Leuten“, den Arbeitskreis für Obdachlose (AKO) und die Reutlinger Tafel.

Alle diese Angebote reichen leider nicht aus. Denn noch immer leben Menschen auf der Straße oder in überbelegten Wirtshausbudens.

Wir fordern

- weitere Ein- bis Zwei-Zimmer-Wohnungen der GWG zu erschwinglichen Preisen,
- Hilfsangebote zur Rückführung in geeignete Beschäftigungsverhältnisse,
- öffentliche Förderung der (noch) bestehenden gemeinnützigen Beschäftigungsgesellschaften. Hier werden Menschen vor dem Absturz in die Sozialhilfe bewahrt und für Arbeit qualifiziert.

Wohnen in Reutlingen

Wohnungspolitik ist nach dem Grundgesetz in erster Linie eine Angelegenheit der Bundesländer. Die baden-württembergische Landesregierung verschweigt dies gerne, denn ihre Bilanz in diesem Bereich ist katastrophal!

Auch wenn mehr als die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs zur Miete wohnen, entfallen auf einen Mieter im Durchschnitt 1,83 € Landesförderung, auf einen Wohnraumeigentümer dagegen 8,43 €. Dieses Missverhältnis ist Ausdruck einer sozial höchst ungerechten Politik.

Die Lage am Reutlinger Wohnungsmarkt spiegelt die negative Entwicklung wider. Die Zahl der bei der gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft (GWG) Reutlingen registrierten Wohnungssuchenden hat sich in kurzer Zeit verdoppelt. Von über 3.400 Wohnungssuchenden sind mehr als 900 sogenannte „Härtefälle“. Pro Monat kommen ca. 150 Wohnungssuchende hinzu. Insbesondere Familien mit mehreren Kindern finden in unserer Stadt keine geeignete, bezahlbare Wohnung mehr.

Zwar hat die Stadt Reutlingen mit der GWG ein äußerst wertvolles Wohnungsunternehmen, das durch seinen enormen Wohnungsbestand von fast 8.000 Wohneinheiten sozial ausgleichend und mietpreisbildend wirkt. Sie kann aber wegen der mangelnden Unterstützung durch das Land nicht Mietwohnungsbau im eigentlich notwendigen Umfang betreiben. Wir setzen uns dafür ein, dass die GWG im Mietwohnungsbau so viel wie möglich leistet.

Seit Jahren führt die GWG ein groß angelegtes Renovierungs- und Sanierungsprogramm durch. Durch moderne Wärmedämmungsmaßnahmen wird ein nachhaltiger Beitrag zum Klimaschutz erzielt. Das Programm sichert Arbeitsplätze im Baubereich und Handwerksbetrieben und findet unsere volle Unterstützung. Dabei müssen insbesondere bei der Altstadtsanierung weitere Anstrengungen unternommen werden.

Die demografische Entwicklung erfordert ein Umdenken im Wohnungsbau. Als Antwort auf die sich ändernde Bevölkerungsstruktur müssen die Grundrisse der Wohnungen neutraler und flexibler ge-

plant, Umbau- und mögliche Teilungsmöglichkeiten bereits in der Grundkonzeption bedacht werden.

Im Bereich des privaten Wohnungsbaus müssen verstärkte Anstrengungen unternommen werden, um die Bildung privaten Wohneigentums durch Bereitstellung bezahlbarer, städtischer Bauflächen zu fördern. Insbesondere müsste Familien mit Kindern das Bauen durch Überlassen von Bauplätzen in Erbpacht erleichtert werden.

Es muss das ureigene Interesse der Kommune sein, die Bildung von Wohnraum in Miete und Eigentum zu fördern.

Wir fordern, dass

- alternatives Bauen mit kostengünstigen und umweltfreundlichen Materialien gefördert wird – Beispiele hierfür gibt es bereits in Reutlingen,
- der Wohnungsstandard so geplant wird, dass sich die Menschen auch weiterhin Wohnraum leisten können,
- verstärkte Anstrengungen unternommen werden, die künftige Entwicklungen und den prognostizierten, stark steigenden Bedarf an Wohnraum berücksichtigen,
- der soziale Wohnungsbau wieder einen höheren Stellenwert bekommt,
- in den Wohngebieten eine gute Durchmischung von Alt und Jung, von Deutschen und ausländischen Menschen besteht, die verhindert, dass soziale Brennpunkte überhaupt entstehen können.
- Damit junges Wohnen gefördert wird, soll die GWG eine entsprechende Initiative starten. Dabei muss die Stadt entsprechend den schon vorhandenen Vorschlägen der SPD-Fraktion diese Initiative unterstützen. So wird die Flucht aufs Land verhindert.

Bildung hat Vorrang in Reutlingen

Reutlingen hat seit Oberbürgermeister Oskar Kalbfell einen guten Ruf als Schulstadt. Auch in der jetzigen Finanzkrise der Kommunen muss Bildung in Reutlingen Vorrang behalten.

In den letzten Jahren wurde viel Geld in den Schulhausbau investiert: Erweiterungsbauten List- und Isolde-Kurz-Gymnasium, Erneuerung und Sanierung der Beger-Schule, neue Räume für die Rosegger-Schule und andere Maßnahmen. Die Defizite im Schulsystem müssen durch neue Anstrengungen abgebaut werden. Die Qualität der Schule muss die Stadt ausbauen durch

- Gewährleistung eines ausreichenden schulischen Etats,
- Investitionen in die Einrichtung von Ganztagschulen mit pädagogischem Konzept,
- Erneuerung der Schulhöfe als Spiel- und Erlebnisplätze,
- Ausbau der Sprachförderung im Vorschulalter,
- Fortsetzung und Absicherung der Förderung der Schulsozialarbeit.

Schulische Bildung ist die wichtigste Zukunftsinvestition. Vor allem die vorschulische Förderung und die Bildung in der Grundschule haben größte Bedeutung für die Entwicklung der Kinder und müssen einen größeren Stellenwert im städtischen Haushalt erhalten.

Die Erwachsenenbildung in Reutlingen hat mit der Volkshochschule einen bundesweit anerkannten Spitzenplatz. Dies Weiterbildungspotential ist ein wesentlicher Beitrag der Stadt zur Qualifizierung der Arbeitskräfte in unserer Region. Dies muss erhalten bleiben.

Die Reutlinger Stadtbibliothek ist bundesweit anerkannt. Die Reutlinger nutzen ihre Bibliothek intensiv und zeigen damit ihre Bildungsbereitschaft. Dies Kapital wollen wir fördern und erhalten.

Sportstadt Reutlingen

Reutlingen hat eine lange Tradition als Sportstadt. Sport ist in seiner sozialen und gesundheitlich präventiven Wirkung unumstritten.

Zunehmend leiden Kinder und Jugendliche unter Bewegungsmangel; die Gewaltbereitschaft nimmt im gleichen Maße zu. Gerade deshalb ist die wirkungsvolle Arbeit der Sportvereine in Reutlingen und seinen Vororten – vor allem im Breitensport – unverzichtbar. Ohne die vielen Ehrenamtlichen ist diese Aufgabe nicht zu leisten. Doch es wird immer schwieriger, genügend qualifizierte Mitarbeiter zu finden.

Deshalb fordern wir,

- das städtische Förderprogramm fortzuschreiben und weiterzuentwickeln,
- die Bereitschaft zum Ehrenamt zu fördern und zu unterstützen,
- besonderes Augenmerk bei der städtischen Förderung für Projekte der Vereine im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit, insbesondere im Fair-Play-Bereich.

Um die öffentliche Präsenz des Sports auch jenseits des Profi-Sports zu gewährleisten, soll die Durchführung von Meisterschaften mit überregionaler Bedeutung besonders gefördert werden.

Kulturstadt Reutlingen

Reutlingen besitzt ein vielfältiges und hochwertiges Angebot an kulturellen Einrichtungen.

Wir haben eine hervorragende Volkshochschule und eine der besten Stadtbibliotheken im Land. Wir haben eine Vielfalt von Vereinen in unterschiedlichen Bereichen, die Württembergische Philharmonie, die Junge Sinfonie, das Klassik Open Air, die Musikschule, Kirchenmusik, die Tonne, das LTT, Naturtheater, Gesangs- und Musikvereine gerade auch in den Stadtbezirken, Kleinkunst im Rappen, das Café Nepomuk, das internationale Fingerpuppenfestival, eine sich entwickelnde Museumsmeile, Jugendhäuser, die Zelle, die Kulturwerkstatt, Kultur am Rande, Ausstellungen in verschiedenen Einrich-

tungen, Behindertenkunst, Sportvereine, Sportlerbälle, Sommerprogramme, den Jazzclub, eine selbstständige Kinolandschaft und anderes. Diese Einrichtungen sorgen für ein lebendiges kulturelles Leben.

Zur Erhaltung und Stärkung des kulturellen Lebens in Reutlingen wollen wir, dass

- die bestehenden Angebote weiter gefördert,
- die zahlreichen einzelnen Bestandteile zu einem Kulturplan als Gesamtkonzept weiterentwickelt,
- in einer breiten Diskussion klare Prioritäten für eine ausreichende finanzielle Ausstattung entwickelt,
- die kulturellen Kompetenzen in der Region gebündelt und vernetzt werden.

Die kulturellen Einrichtungen sind ein wichtiger Standortfaktor in der Region. Es bedarf gemeinsamer Anstrengungen von Stadtverwaltung, von Bürgerinnen und Bürgern, aber auch von Stiftungen, das kulturelle Leben in der Stadt zu sichern und weiterzuentwickeln.

Gerade in Zeiten knapper Finanzen ist die Entwicklung eines neuen Selbstverständnisses der Kultur in Reutlingen wichtige Aufgabe.

Anstelle von Großprojekten soll eine lebendige Szene im Mittelpunkt der Reutlinger Kulturpolitik stehen. Nur mit einer lebendigen Szene sind weitere Schritte in größere Dimensionen denkbar.

Bürgerschaftliches Engagement

Viele Menschen in Reutlingen sind ehrenamtlich in Vereinen, Verbänden und Vereinigungen aktiv. Ihr Engagement ist für unsere Stadt unverzichtbar. Es zu unterstützen darf nicht zum Lippenbekenntnis verkommen.

Wir wollen deshalb eine verlässliche Unterstützung für Vereine und Institutionen. Gemeinsam mit den Beteiligten soll die Stadt die künftige Förderungsstruktur planen. Dabei ist über die finanziellen Fragen hinaus auch zu klären, wie die Aufgabenverteilung zwischen Haupt- und Ehrenamt optimal gestaltet werden kann. Wo kann die Stadt ihre Stärken einbringen, um z. B. ehrenamtlich Tätige von Verwaltungsarbeit zugunsten ihrer eigentlichen Aufgabe zu entlasten. Sie brauchen Planungssicherheit. Die Stadt wandelt sich vom Almosengeber zur Partnerin der Vereine und Institutionen

Unser Reutlingen: sicher für alle

Sicherheit ist ein Grundbedürfnis der Menschen. Die Kriminalität ist in Reutlingen statistisch gesehen niedrig. Trotzdem muss daran gearbeitet werden, dass sich Jung und Alt in Reutlingen sicher fühlen.

Sicherheit ist eine Frage der Straßen- und Bauplanung, der Siedlungsplanung und der Bevölkerungsstruktur. Straßen und Plätze müssen ordentlich sein, ihr Zustand muss gepflegt werden. Die Sied-

lungsstruktur verändert sich mit dem Zustand der Gebäude. Die GWG kann durch eine vorausschauende Mietwohnungsvergabe darauf achten, dass das soziale Miteinander der Bevölkerungsgruppen gewahrt bleibt. So kann verhindert werden, dass sich in Siedlungen Probleme anhäufen.

Vor allem mit der präventiven Jugendarbeit kann an Schulen Schwierigkeiten vorgebeugt werden. Bei der Unterstützung der Schulsozialarbeit ist Reutlingen vorbildlich. Der Ausbau und die Pflege der Jugendeinrichtungen, der Jugendhäuser und des Jugendcafés in der Innenstadt dient den Jugendlichen, ist aber auch ein Beitrag zur Vermeidung von Schwierigkeiten. Auch dies dient der Sicherheit in der Stadt.

Die Polizei arbeitet in Reutlingen bei der Vorbeugung von Kriminalität eng mit der Stadtverwaltung zusammen. Bei der Gewaltprävention im sozialen Nahraum arbeiten in der Koordinierungsstelle das Amt für öffentliche Ordnung, die Polizei und die Diakonie gemeinsam zum Schutz von Frauen und Familien gut zusammen.

Wir bedauern, dass die Landesregierung die personelle Ausstattung der Polizei verringert. Damit wird die Rhetorik der CDU auch in Reutlingen entlarvt.

Weniger Müll – saubere Stadt – Mülltransport auf die Schiene

Viele Menschen empfinden den Abfall auf Straßen und Plätzen in Reutlingen als großes Ärgernis. Wir unterstützen die Stadtverwaltung in ihrem Bemühen mit Umwelterziehung an den Schulen, Hinweisen durch die städtischen Bediensteten, genügend Abfalleimern im Stadtgebieten aber, wenn es nicht anders geht, eben durch Bußgelder für eine "saubere" Stadt zu sorgen.

Abfallentsorgung darf nicht zu noch mehr Verkehr führen. Im Jahr 2005 wird die Deponie Schinderteich für den Abfall geschlossen. Dann wollen der Landkreis und der Abfallzweckverband auf dem Schinderteich an der Alteburg eine Verladestation bauen. Der Restmüll soll dann von dort zur Verbrennung nach Stuttgart gefahren werden. Dies bedeutet, dass täglich zusätzliche große Sattelschlepper den gesamten Restmüll des Landkreises vom Schinderteich durch die Stadt nach Stuttgart fahren.

Wir treten dafür ein, dass der Müll auf der Schiene transportiert wird. Gegenwärtig blockiert die Deutsche Bahn solche Verladungen. Im Auftrag des Landkreises ist die Stadt bei der Müllabfuhr tätig. Die Entscheidungen über die weitere Verwertung trifft der Landkreis. Daher muss sich die Stadt im Landkreis dafür einsetzen, dass nach Möglichkeiten gesucht wird, wo eine "eingehauste", also geruchsfreie Verladestation entlang der Bahnlinie gebaut werden kann. Dies verkürzt die Wege der Müllfahrzeuge in Reutlingen und vermeidet den zusätzlichen Lastverkehr in der Stadt.

Wir wenden uns dagegen, dass der Müll von Zwiefalten bis Metzingen zuerst durch Reutlingen auf

den Schinderteich und dann nach Stuttgart gefahren wird. Es muss Möglichkeiten geben, diese Wege durch die Stadt zu vermeiden z. B. mit einer weiteren Verladestation im Ermstal.

Mobil sein in Reutlingen

Ziel sozialdemokratischer Kommunalpolitik ist eine Stadt, in der die Menschen gerne wohnen, arbeiten, einkaufen, ihre Freizeit gestalten und am kulturellen Leben teilnehmen. Kommunale Verkehrspolitik muss Mobilität preiswert, bequem, sicher, schnell, gefahrlos, umweltbewusst und stadtverträglich machen. Ein Bündel von Maßnahmen soll Alternativen zum motorisierten Individualverkehr aufzeigen und mit attraktiven Angeboten das Auto entbehrlicher machen:

Unterstützung des Fußgängerverkehrs

- Fuß-, insbesondere Schulwege sichern,
- weitere Fußgängerzonen ausweisen,
- ein engmaschiges Netz mit kurzen und direkten Wegen: Sackgassen mit Fußgängerdurchgängen sowie verkehrsberuhigte Bereiche schaffen,
- grundsätzlich ebenerdige Straßenüberquerungen; wo dies nicht möglich ist, andere sichere, angstfreie und behindertengerechte Überquerungsmöglichkeiten errichten,
- Fußgängerampeln so schalten, dass Straßen vollständig überquert werden können und gefährliches Warten auf Verkehrsinseln vermieden wird,
- mehr verkehrsberuhigte Bereiche in Wohnbezirken schaffen,
- Verbesserung der Wegweisung zu wichtigen innerstädtischen Punkten und zu ÖPNV-Haltestellen,

Förderung des Fahrradverkehrs

Radfahren entlastet das tägliche Verkehrschaos. Daher ist es unser Ziel,

- Radwege durchgängig zu gestalten,
- das gute städtische Radwegenetz-Konzept (Radwegeplan 1997) umzusetzen; sichere und breite Radwege in und zwischen den Stadtteilen zu bauen,
- unfallträchtige Abschnitte auf bestehenden Wegen zu verbessern,
- Radrouten durch die Stadt durchgängig zu beschildern,
- überdachte und abschließbare Fahrradständer an übersichtlichen Stellen einzurichten.

Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)

Der ÖPNV muss angebotsorientiert weiter entwickelt werden, so dass er als attraktive Alternative dienen kann: Eine starke sozialdemokratische Fraktion setzt sich dafür ein, dass

- bestehende Linien ausgebaut und neue geschaffen werden. Dabei sollen insbesondere

Querverbindungen entstehen. Ebenso sind neue Haltestellen an Punkten mit großem Fahrgastpotential einzurichten, wie z.B. ein Bahnhaltepunkt im Bereich der Firma Bosch,

- die Busfolge günstiger wird (Taktbetrieb über den ganzen Betriebstag mit Verdichtung auf den Hauptachsen sowie in der Innenstadt),
- der Fahrkomfort gesteigert wird,
- es eine Selbstverständlichkeit ist, dass auch Menschen mit Behinderungen, insbesondere Rollstuhlfahrern und -fahrerinnen, die Nutzung öffentlichen Verkehrsmittel erleichtert wird,
- die Stadtbusse mit anderen öffentlichen Verkehrsmitteln wie Bahn und Regionalbussen vernetzt werden. Dazu dienen nahe gelegene Haltestellen und die Abstimmung der verschiedenen Verkehrsträger aufeinander.
- der ÖPNV über Busspuren, Bevorrechtigungen an Ampeln weiter beschleunigt wird,
- nach dem positiven Ergebnis der Machbarkeitsstudie für eine Regionalstadtbahn in der Region Neckar-Alb ein Konzept für Einführung und Betrieb folgt. Die Stadt Reutlingen muss als Teil der Oberzentrale dabei voranschreiten. Die Stadtbahn dient zum einen dazu, das Umland (z.B. Echaztal/ Alb) besser an das Stadtzentrum anzubinden. Zum anderen ist auch eine Aufwertung der Innenstadt möglich, wenn die Stadtbahn sie direkt bedient (Innenstadtstrecke). Eine Regionalstadtbahn verbessert die Verkehrssituation in der Region und schafft eine bessere Vernetzung der Teilräume untereinander; Es bindet z.B. die Strecke von Reutlingen nach Gomaringen den Zollern-Albkreis - ohne den Umweg über Tübingen - direkt an Reutlingen an.

Individual- und Wirtschaftsverkehr

Die Stadt Reutlingen muss vom Kfz-Verkehr, insbesondere dem durchfahrenden Wirtschaftsverkehr entlastet werden. Dazu trägt bei

- eine flächendeckende Parkraumbewirtschaftung der Innenstadt,
- ein intelligentes Parkleitsystem, um Parksuchverkehr zu vermeiden,
- ein Bündeln von Lieferverkehren mit effizienterer Auslastung der Fahrzeuge (Citylogistiksystem),
- die Einrichtung eines Truckerstops für Reutlingen,
- ein Durchfahrtsverbot für LKW in Wohngebieten außerhalb der Lieferzeiten,
- verkehrsberuhigende Maßnahmen und verstärkte Geschwindigkeitskontrollen in Wohngebieten, die besonders vom Schleichverkehr betroffen sind. (z.B. Wörthstraße und Oststadt).

Die Verkehrsteilnehmer sollen an der Verkehrskonzeption mitwirken.

Um das wachsende Verkehrsaufkommen bewältigen zu können und den Anforderungen von Bevölkerung, Wirtschaft und Umwelt gerecht zu werden, müssen mehr Güter auf die Schiene verlagert wer-

den. Dazu sind die Schienenwege zu erhalten, auszubauen bzw. zu reaktivieren, sowie verkehrsmittelübergreifende Transportsysteme zu fördern. Dem Güterbahnhof Reutlingen kommt dabei als Schnittstelle Schiene / Straße eine besondere Bedeutung zu.

Natur und Landschaft: schützen und bewahren

Schönheit und Vielfalt unserer attraktiven Kulturlandschaft müssen erhalten werden. Die freien Räume rund um unsere Stadt werden durch weitere Ausdehnung von Siedlungs- und Verkehrsflächen zunehmend bedroht.

Wenn in Zukunft ein Siedlungsteppich von Ludwigsburg bis an den Trauf der Schwäbischen Alb reicht, wäre Sickenhausen nicht mehr Vorort von Reutlingen, sondern Reutlingen eine Stuttgarter Vorstadt. Das räumliche und soziale Zugehörigkeitsgefühl ginge verloren. Abwechslungsreich und vielgestaltig, mit vielen Grünverbindungen und Freiflächen kann Reutlingen ein begehrter Wirtschaftsstandort bleiben. Der Landschaftsplan des Nachbarschaftsverbandes Reutlingen-Tübingen gibt wesentliche Hinweise zur Wahrung des Naturraums und benennt Möglichkeiten für Siedlungsentwicklung. Wir brauchen ein ökologisches Entwicklungskonzept das

- Flächen für Erhalt, Schutz, Sanierung, Renaturierung, Wiederherstellung und Nutzungsexpensivierung ausweist,
- regionale Grünzüge darstellt,
- Maßnahmen für künftige Entwicklungsschritte festhält und

ein Konzept zur Sicherung von Vorrangflächen für die Landwirtschaft enthält.

Damit wird die Existenz landwirtschaftlicher Betriebe und das jetzige Erscheinungsbild der Landschaft gesichert.

Die zwei aktuell im Landkreis laufenden Förderprogramme PLENUM (Projekt des Landes zur Erhaltung und Entwicklung von Natur und Umwelt) und „REGIONEN AKTIV - Land gestaltet Zukunft“ des Ministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft bieten für die Realisierung obengenannter Ziele gute Voraussetzungen. Die Stadt muss die Fördermöglichkeiten einerseits selbst nutzen und andererseits Initiativen, die einen Beitrag zum Erhalt von Natur und Landschaft leisten, unterstützen. Als Beispiel sei genannt:

Mit der Einrichtung des Umweltbildungszentrums Listhof wurde eine langjährige Forderung der SPD verwirklicht. Außer dem Umweltbildungszentrum und dem Naturschutzgebiet gibt es heute Übernachtungsmöglichkeiten für Jugendgruppen, einen Jugendzeltplatz und eine Pfadfinderhütte des VCP Reutlingen. Alles zusammen bildet ein landesweit einmaliges Naturschutz- und Umweltbildungsprojekt, das für Reutlingen ein Markenzeichen darstellt. Das Umweltbildungszentrum wird von einem Trägerverein getragen, dem neben der Stadt und

dem Landkreis auch viele Initiativen und Vereine angehören. Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass der Trägerverein auch künftig die nötigen Mittel erhält, um die Bildungsarbeit und die Landschaftspflegearbeiten im Naturschutz in den kommenden Jahren durchführen zu können.

Tierschutz

Die SPD wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass der Tierschutz in Reutlingen seinen hohen Stellenwert behält.

Daher wird die SPD den Tierschutzverein auch weiterhin bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben unterstützen. Hierzu zählt insbesondere, dass sie Hilfe im Kontakt zu den Reutlinger Kommunalbehörden anbietet.

Das Halten von Tieren ist in der Stadt nicht einfach. Es fehlen ausreichende Freiflächen. Daher sind Rücksichtnahme und Vorsicht nötig. Wir unterstützen die Vereine der Tierliebhaber in ihrer Bildungsarbeit, um einen tiergerechten Umgang in Reutlingen zu ermöglichen.

Wir wissen, welche wertvolle Bereicherung es ist, wenn Kinder Erfahrungen mit Tieren sammeln können und welchen günstigen Einfluss dies auf ihre Entwicklung hat. Für ältere Menschen sind Tiere ein wichtiger Partner gegen die Einsamkeit.

Energie ist endlich

Reutlingen ist auf dem Weg des Energiewandels. Unter anderem der Energiedienstleister Fairenergie bietet den Reutlingern den neuen Stromtarif Ökostrom, welcher Strom aus regenerativen Quellen verkauft (Wasserkraft, Solarenergie). Blockheizkraftwerke, Solarthermie, Holz-Hackschnitzelanlagen, Photovoltaik, Brennstoffzellen und Erdwärme werden in Reutlingen teils gewinnbringend, teils in Pilotprojekten genutzt. Die zum Teil im Stadtbesitz befindliche Fairenergie wandelt sich vom reinen Verkäufer von Wasser, Gas und Strom zum innovativen Dienstleistungsunternehmen, das um die Endlichkeit der fossilen Brennstoffe und der Kernenergie weiß.

Die SPD hat diesen Wandel in der Energie- und Umweltpolitik maßgeblich mitgestaltet. Die Solaranlagen auf dem Stadiondach, im Umweltbildungszentrum Listhof und im Klärwerk West sind erste Schritte auf dem Weg zu einer umweltfreundlichen Stadt.

Wir wollen alle Möglichkeiten nutzen, dass die Stadt bei eigenen Gebäuden alternative Energien anwendet und dass dies in den privaten Haushalten und in Gewerbe und Industrie angeregt und gefördert wird. Die Überzeugung der Reutlinger für dies Thema muss durch Werbung verstärkt werden. Energie sparen und alternative Energienutzung muss noch mehr zum Thema werden, vom Kindergarten über die Schule bis in die Betriebe.

Das Bewusstsein für die Energieeinsparung muss ständig wach gehalten werden. Deshalb müssen

die Schulen weiterhin einen Anreiz zur Energieeinsparung bekommen. Wir wollen noch mehr Photovoltaikanlagen auf Schuldächern nicht nur zur Demonstration für die Schüler einrichten.

Bei der Stadtplanung ist die umweltfreundliche Energienutzung ein Leitthema. Bei jeder Baugenehmigung muss die Energiebilanz des Gebäudes kritisch betrachtet werden. Die Stadt muss mit ihren Gebäuden hier vorbildlich handeln. In der Wärmedämmung des Altbaubestandes steckt das größte Potenzial zur Energieeinsparung. Dies ist Aufgabe aller Bürgerinnen und Bürger. Durch Öffentlichkeitsarbeit, Wettbewerbe und Umweltpreise kann die Stadt das Bewusstsein für das Thema stärken und zur aktiven Mitarbeit anregen.

Wasser ist wertvoll

Mit dem Bau des Klärwerks Nord ist Reutlingen vorbildlich in der Schmutzwasserbehandlung geworden. Bodenseewasser und Echazwasser sind von hoher Qualität.

Wir brauchen jedoch noch mehr Anstrengungen zur Reduzierung des Trinkwasserverbrauchs, zur Nutzung von Regenwasser und zum Grundwasserschutz. Regenwasserversickerung ist in neuen Baugebieten ein Leitthema. Im Altbaubestand braucht es hierzu neue Überlegungen.

Die SPD hat durch ihren Initiativantrag verhindert, dass unsere Kläranlagen und das Kanalnetz über ein zweifelhaftes Leasinggeschäft an amerikanische Firmen verkauft und zurückgemietet wurde. Der versprochene „Barwertvorteil“ steht in keinem Verhältnis zum Risiko der Eigentumsübertragung. Wir lehnen solche Spekulationsgeschäfte auch in Zukunft ab.

Hochwasserschutz

Die Hochwasserschäden vor allem im Nordraum mahnen uns zu weiteren Anstrengungen im Klimaschutz (CO₂-Reduzierung).

Wir unterstützen die Hochwasserschutzmaßnahmen, fordern jedoch auch vorausschauende Maßnahmen, um Hochwasserschäden vorzubeugen. Gewässerrenaturierung, Versickerungsflächen, Entsiegelung der Böden wo möglich, Freihalteflächen für Überflutung an den Gewässerrändern, Trockenbäche u. a. sind Stichworte zum Umgang mit der Reutlinger Umwelt. Damit werden auch für Tiere und Pflanzen neue Lebensräume geschaffen.

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

wir sind dankbar für jegliche Rückmeldung, Kritik oder Anregung. Sie können sie bei unseren Veranstaltungen oder per Post, Telefon, Fax oder email an weitergeben:

Sebastian Weigle Tel.: 0178/7322676 mail:
sebastian.weigle@gmx.de

Weitere aktuelle Informationen finden Sie auch im internet unter www.spd-reutlingen.de